

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Anzeiger für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

269

Bezugspreis: vierteljährlich 2,70 M.,
monatlich 90 Pfg. mit Frangefahrt; durch die
Post 2,55 M. bezm. 86 Pfg. ohne Frangefahrt.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Hachenburg, Freitag, den 15. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgepaarte Beilage oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

11. Jahrg.

Aufruf des Arbeiter- und Bauernrats.

Der unterzeichnete Arbeiter- und Bauernrat richtet hiermit an die Bevölkerung des Oberwesterwaldkreises folgenden Aufruf:

Das Landratsamt in Marienberg hat sich dem Arbeiter- und Bauernrat in seiner Tätigkeit unterstellt. Der in der Volksversammlung vom 14. 11. 18 gefasste Beschluß auf Absetzung des Landrats und Kreisauusschusses konnte nicht durchgeführt werden, weil nach einem inzwischen von der preußischen Regierung an die preußischen Beamten ergangenen Erlaß, sämtliche preußischen Behörden und Beamten aufgefordert werden, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen. Dieser Erlaß der preußischen Regierung ist im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgt.

Wir richten nun an die landwirtschaftliche Bevölkerung des Kreises die dringende Bitte, in der Ablieferung der Lebensmittel das Menschenmögliche zu leisten, da bei einem Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung unsere Notlage zu einer völligen Vernichtung führen muß und damit die Freiheit des deutschen Volkes zu Grunde gerichtet wird.

An die Eltern richten wir die herzliche Bitte, der durch die Kriegszeit gelockerten Erziehung Jugend ihre sorgfältigste Aufmerksamkeit zuzuwenden; es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß jugendliche Personen auf offener Straße Menschen belästigen; nicht durch Zuchtlosigkeit, sondern durch strengste Selbstzucht und Besonnenheit; insbesondere verweisen wir darauf, daß den Personen der öffentlichen Verwaltungen weder durch Worte noch durch Taten nahe getreten wird.

Marienberg, den 15. November 1918.

Der Arbeiter- und Bauernrat des Oberwesterwaldkreises.

Gegen die Rote Garde.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Mit großer Entschiedenheit hat der Großerliner Arbeiter- und Bauernrat gegen die allerersten Ansätze zur Bildung von Roten Garde — traurigen ruffischen Lebens — Stellung genommen. Der am Dienstag abgehaltene Vollzugsrat des AuSR. war sofort mit einem Beschlusse hervorgetreten, in dem er 2000 sozialistisch geführte, verfassungsmäßig organisierte und militärisch ausgebildete Mann zur Wehrung aufrief, um aus ihnen eine selbständige Schutztruppe der Revolution zusammenzusetzen. Kaum waren die roten Plakate an den Anschlagstellen erschienen, als die Soldaten sich rührten, eine Sammlung einberiefen. — In der sehr verständigerweise vertretener der Presse ausgeprochen wurden und auf dieser Grundlage eine gründliche Aussprache über das Vorgehen des Vollzugsrates herbeiführten. Mit dem Ergebnis, daß eine ständige Kommission sofort an Ort und Stelle entsandt werde, um die Durchführung des AuSR. zu fördern. Der Aufruf ist bereits zurückgenommen, wie berichtet wird, mit Rücksicht auf das Mißtrauen, das die Bildung einer besonderen Roten Garde in der Bevölkerung der Soldaten der Berliner Garnison geweckt hat, wie auch auf die einstimmig erklärte Bereitwilligkeit der Arbeiter, jederzeit zur Anordnung des Vollzugsrates zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Festigung der sozialistischen Regierung Blut und Leben zu opfern. Vorläufig ist also die Nachbildung ruffischer Roten glücklich von uns abgewendet.

Man muß der Soldatenversammlung auf dem Kaiserhofe des Alexanderregiments beigewohnt haben, um die richtige Lage zu begreifen, von dem die Berliner Arbeiterverbände in diesem Augenblicke befeht sind. Was in erster Reihe wollen, ist Einigkeit und noch einmal Einigkeit. Sie waren es, die am Sonntag im Zirkus das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien erwangen mit der festen Erklärung, daß sie sofort Neuordnung der Dinge in die Hand nehmen würden. Sind es auch, die jede Störung dieser Verständigung, welcher Seite auch immer sie kommen möge, mit voller Schlossenheit verhindern wollen, und sie scheinen auch gewillt sein, weiter auf dem Posten zu bleiben, um jedes Abweichen von der mit ihrer Zustimmung eingeschlagenen Bahn zu verhindern. In allen Umständen unmöglich zu machen. Sie wollen eine neue Deutschland, das die Revolution geschaffen hat, die diejenigen unter ihnen, die nicht auf dem Boden der Demokratie stehen, ja nicht einmal auf dem Boden der Demokratie stehen. Aber sie wollen auch das neue Deutschland, kein zweites Russland. Nichts erfüllt sie größerem Widerwillen, als die Vorläufe der Spartakusbewegung, deren erste Tat nach dem Sieg in Berlin darin bestand, daß sie den ruffischen Bolschewiken brüderliche Hilfe entboten. Nichts lehnen sie entrückter ab als die Versuche gegen die neue Regierung, die von dieser immer wieder an sie herantreten. Um keinen Preis wollen sie die Ordnung im Staate gefährden lassen, um verabschieden den Terror. Schon seien sich in dem

hatten Truppenteilen Anzeichen einer freiwilligen Mitarbeit zu den geordneten Verhältnissen: Disziplin werden durch einstimmige Wahl auf ihre Posten gestellt, man gibt ihnen die Schlüssel und die Degen wieder und läßt sich ihrer Führung. Die Massen wollen nicht zum Spielball irgendwelcher unkontrollierbarer Instanzen herabgewürdigt werden. Dazu wollen sie sich aber unter keiner Bedingung mitmachen lassen. Sie haben die Revolution gemacht und wollen sich ihre Erfolge nicht mehr nehmen lassen. Sie wollen aber auch nicht dulden, daß andere Elemente sich jetzt in den Vordergrund drängen, daß wir in durch und durch undeutliche Zustände hineingeraten. Deshalb haben sie sich die Forderung der Einberufung einer deutschen Nationalversammlung zu eigen gemacht, die allein imstande ist, dem ganzen Volke wieder zu seinen staatsbürgerlichen Rechten zu verhelfen. Und sie erklären, daß sie die Bewahrung von Disziplin so lange mit Mißtrauen betrachten werden, als die Regierung, zu deren Schutz sie dienen soll, sich nicht ausdrücklich zur Einberufung der Nationalversammlung als der alleinigen Grundlage der zu gebenden Verfassung erklärt.

Wie man sieht, ein Vorgehen, das an Entschiedenheit wie an Zielklarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Charakter der deutschen Armee als eines wahren Volksherees bewährt sich eben auch jetzt, nach Beträumung ihrer alten Verfassung, vortrefflich. Die Soldaten stammen aus allen Kreisen der Nation und aus den verschiedensten Parteien. Wo sie leben, daß die Gefahr des Bürgerkrieges ihr schreckliches Haupt erhebt, greifen sie zu: das darf nicht sein! Man wird es ihnen danken, daß sie wachsam und besonnen ihre Pflicht tun. Sie schützen damit nicht bloß sich selbst, sondern das ganze deutsche Vaterland.

Ruf nach der Nationalversammlung.

Gründung von Bürgerräten.

Berlin, 14. November.

Der vorbereitende Ausschuss zur Gründung von Bürgerräten hat sich gebildet und einen Aufruf zur Bildung eines Bürgerrates für Groß-Berlin erlassen. Er lautet:

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Staats- und Wirtschaftslebens ist die Mitarbeit des Bürgertums nicht zu entbehren, dessen volle Gleichberechtigung bei allen staatlichen Maßnahmen wir zu wahren entschlossen sind. Die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung sowie des Wirtschaftslebens werden wir unterstützen. Indem wir uns auf dem Boden der vollen gemeinsamen Tatsachen stellen, verlangen wir die schnelle Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grundlage eines gleichen und unbedingten Wahlrechts aller Schichten der Bevölkerung. Eine einzuberufende Bürgerversammlung wird über die einzelnen Aufgaben des Bürgerrates befinden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages, ebenso die Landtagsfraktion, ferner die nationalliberale Fraktion

des Reichstages, erlassen Aufrufe, in denen ebenfalls die Notwendigkeit der Einberufung der Nationalversammlung hervorgehoben wird. Eine konservative Rundgebung ermahnt die Parteifreunde, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die auf Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Lebens und des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen.

Bolschewisten gegen die Nationalversammlung.

Partei Liebknecht-Rosa Luxemburg.

Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt ein Teil der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sich von dieser loszulösen und zur Gruppe Liebknecht überzugehen. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung. Während die Führung der unabhängigen Sozialdemokratie gleich der Sozialdemokratie eine rein demokratische Entwicklung anstrebt, hält der linke Flügel der Unabhängigen an der Forderung des revolutionären Proletariats im bolschewistischen Sinne fest.

Die Spartakus-Gruppe, die bisher der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörte, beabsichtigt, sich in einer öffentlichen Versammlung als selbständige politische Partei zu konstituieren. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind die führenden Leute.

Keine Einberufung des Reichstages.

Der Reichstag wird aller Voraussicht nach nicht mehr zusammengetreten. Nach Auffassung der neuen Reichsleitung sind die verfassungsmäßigen Grundlagen für das Weiterbestehen des Reichstages durch den gewaltsamen Umsturz beseitigt, zumal ja jede gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstages nach der bisherigen Verfassung der Zustimmung des zurzeit nicht mehr vorhandenen Bundesrats und der Unterschrift des ebenfalls nicht mehr vorhandenen Kaisers bedürftig wäre. Die baldige Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung scheint in der Absicht der Reichsleitung zu liegen. Die Frage der weiteren Kreditbeschaffung wird wahrscheinlich in der Weise geregelt werden, daß die Regierung zunächst mit den vorhandenen Mitteln weiter wirtschaftet, dann aber sobald wie möglich auf gesetzliche Weise sich die erforderlichen Kredite für die Durchführung des Friedens zu beschaffen sucht.

Der neue Reichsschatzsekretär.

Staatssekretär im Reichsschatzamt wird der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer, der bekannte nationalliberale Abgeordnete. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernstein tritt in das Reichsschatzamt ein.

Das Reichsjustizamt, dessen Leitung man auch dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Waldstein angetragen hatte, wird Herr v. Krause weiter dirigieren.

Fortbestand der Postzensur.

Es wird bekanntgemacht: In einzelnen Tageszeitungen wurde die Nachricht verbreitet, daß die Postzensur unter der neuen Regierung nicht fortbesteht und Briefe von nun an geschlossen nach dem Auslande befördert werden können. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postzensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. So muß vermieden werden, daß, solange keine definitiven Gesetze heraus sind, größere Vermögenswerte durch kapitalistische Elemente in das Ausland abgeschoben werden, und reaktionären Einflüssen vom Ausland her von vornherein die Spitze abgebrochen wird. Eine definitive Regelung erfolgt in Kürze durch den Vollzugsrat des AuSR.

Weitere Nachrichten.

Berlin, 14. Nov. Staatssekretär v. Waldow ist von der Leitung des Kriegsberatersamts zurückgetreten und hat bereits die Geschäfte an die Unterstaatssekretäre v. Praun und Peters übergeben. Über seinen Nachfolger ist bis zur Stunde noch nicht entschieden.

Berlin, 14. Nov. Der Staatssekretär des Reichspostamts Rüdin ist von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden und richtet an alle Beamten die Mahnung, wie bisher ihren Dienst zu tun.

Berlin, 14. Nov. Der Magistrat verkündet, daß vom 1. Dezember ab die achtstündige Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben und Anstalten eingeführt wird.

Berlin, 14. Nov. In das Auswärtige Amt, das der unabhängige Sozialdemokrat Daahe leitet und in dem der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Dr. David arbeitet, soll als zweiter Unterstaatssekretär der bekannte sozialistische Schriftsteller Karl Kautsky eintreten.

Berlin, 14. Nov. In das preussische Ministerium des Innern, das von dem Sozialdemokraten Paul Dirich geleitet wird, tritt als Unterstaatssekretär der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Rudolf Breitscheid.

Berlin, 14. Nov. Zum bayerischen Gesandten in Berlin soll, wie die Bayerische Staatszeitung hört, Privatdozent Dr. Friedrich Rüdte ernannt worden sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die uns von berufener Seite mitgeteilt wird, läßt sich die staatsrechtliche Lage der neuen Regierung etwa wie folgt skizzieren: Die augenblickliche Regierung betrachtet sich als die Beauftragte des Vollzugsausschusses der A. S. R. Dieser Vollzugsausschuß wiederum ist aus Wahlen der Arbeiter und Soldaten hervorgegangen, die ihrerseits wieder die Revolution gemacht haben, zurzeit also als der Ausdruck des revolutionären Volkswillens anzusehen sind. Der Vollzugsausschuß hat die Exekutivgewalt übertragen. Er selbst also nimmt gegenüber der Reichsleitung ungefähr die Stellung des früheren Hauptausschusses ein, während die A. S. R. das revolutionäre Parlament darstellt.

Die Interaktion der deutschen Vertretungen in Petersburg und Moskau muß als unfriedliche Maßregel betrachtet werden. In jedem Falle widerspricht die Maßregel der Exterritorialität, für deren Schutz die russische Regierung verantwortlich ist. Die deutsche Regierung hat daher ein Ersuchen um Aufklärung an sie gerichtet. Sobald über das Schicksal der deutschen General-Konsulate entschieden ist, wird sich auch die deutsche Regierung wieder mit der Frage der russischen Volkswirtschaft befassen, die sich noch in Mitleidenschaft aufhält.

Die Reichstagsabgeordneten v. Camp und Graf W. sind beide an der Grippe gestorben. Namentlich der erstere war weiteren Kreisen bekannt als führendes Mitglied der Reichspartei und der preussischen freikonservativen Partei. Er war seit 1884 im Reichstag und seit 1893 im preussischen Abgeordnetenhaus.

Frankreich.

Eine Annäherung der Sozialisten an die deutsche Republik vollzog sich in einer Versammlung der französischen sozialistischen Partei und des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Paris. Es wurde dort eine Entschließung angenommen, in der die deutsche Republik begrüßt wird und in der es weiter heißt: Die Vögel und Vögelchen 1871 nach dem Sturze Bonapartes, verlangen heute die Pariser Arbeiter einen ehrenhaften Frieden, einen Rechtsfrieden, einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik.

Aus In- und Ausland.

Strasbourg, 14. Nov. Statthalter Schwander und Staatssekretär Daus haben ihre Ämter niedergelegt.

Gotha, 14. Nov. Herzog Karl Eduard von Sachsen-Rothburg-Gotha hat dem Thron entsagt.

Bern, 13. Nov. Das „Berliner Tagblatt“ meldet: Die Bekämpfung des bisherigen Präsidenten Liechtenstein durch die weizerische Truppen wird erfolgen, nachdem die neue Regierung beim schweizerischen Bundesrat dringend Truppenhilfe erbeten hat.

An das preussische Volk!

Programm der preussischen Landesregierung.

Berlin, 14. November.

Die vorläufige Regierung der Republik Preußen verpflichtet sich das Programm, nach welchem sie zu arbeiten beabsichtigt. Sie betont, daß ihre Aufgabe sei, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die das neue freie Preußen steht und in Zukunft sich gestellt sieht, werden folgende hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der

Volksschule. Schaffung der Einheitschule. Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Befreiung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialvertretungskörper.

Raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrs-mittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzuges im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Eindringlich wird auf die Schwere der Zeit hingewiesen und auf die Notwendigkeit einmütigen Zusammenarbeitens des gesamten Volkes, weil wir nur dadurch das Gepeinigt des Hungers bannen und Freiheit, Frieden und Brot erlangen können.

Unterdrückt ist der Aufruf von den sieben sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung. Die Unterdrückung der beigen „bürgerlichen“ Mitglieder fehlen.

Alle Beamten sollen weiterarbeiten.

Die neue preussische Landesregierung fordert in einer Rundgebung sämtliche preussische Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt gewahrt bleiben sollen.

Zu pädagogischen Fachberufen für das Unterrichtsmaterial wurden ernannt die Herren: Dr. M. G. Böge, Dozent, Dr. Planenburg, Oberlehrer, Fritz Kunert, Volksschullehrer, Dr. Gustav Wynnen, Schuldirektor.

Erhaltung der kommunalen Ordnung.

Alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten erhielten ein Telegramm, in dem darauf hingewiesen wird, daß in einer Reihe von Stadtgemeinden die Stadtverordneten-Versammlungen und Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle für die gesamte Gemeindevverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden sind. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Erlassen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat und bringt die Weiterführung der notwendigen Geschäfte in Gefahr. Nachdem ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgesehen ist, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Das beschlagnahmte Kronfideikommissvermögen

für Preußen ist ein staatliches Fideikommiss. Es war bestimmt zum Unterhalt der Träger der Krone und der ganzen königlichen Familie. Das Kronfideikommiss ist zu unterscheiden von dem Hausvermögen, dies ist ein Privatvermögen der Hohenzollern. Das Kronfideikommiss bringt jährlich etwa 15 Millionen Mark ein (hauptsächlich auch die Renten, die auf die Einkünfte der Domänen und Forsten überwiesen werden).

Lebensmittel für Deutschland.

Amerikanische Note an die Reichsregierung.

Neben den verschiedenen Rundgebungen von regierender und privater Seite wegen der harten Waffenstillstandsbedingungen haben nun auch die deutschen Katholiken ihre Stimme erhoben. Sie wenden sich an den Papst und bitten ihn im Namen der Menschlichkeit, der Grundsätze der Religion und der Liebe, bei den Verbündeten für das Recht am Leben des deutschen Volkes einzutreten. In

Amerika scheint der Appell der Reichsregierung gewirkt zu haben, wie folgende Meldung aus Washington zeigt.

Auf den Appell des Reichskanzlers Ebert schickte Wilson eine beruhigende Antwort an das deutsche Volk. Er verspricht, mit Lebensmittellieferungen zu helfen, um den Hunger zu lindern. Gleichzeitig verlangt er aber die Sicherung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten werde und daß eine gerechte Lebensmittellieferung garantiert werde.

Mittlerweile ist in Rotterdam ein Funknachrichtenschweizer Gesandten in Washington an das Ministerium des Auswärtigen in Bern aufgefunden worden. Der Gesandte teilt darin mit, daß er dem amerikanischen Staatsdepartement unverzüglich die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt habe. Staatssekretär Lansing suchte den Gesandten zur Übermittlung folgender Antwort:

Vorstaus der amerikanischen Antwort.

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der Assoziierten Regierungen in dem Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um die Lebensmittellieferungen zu vergrößern und die Not zu erleichtern, die in vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß mittelbare Schritte getan werden sollen, um die Unterstützung in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß die Hilfe des stillliegenden Schiffsraumes der Mittelmächte alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Furcht vor völliger Verelendung zu befreien, ihren Sinn und ihre Energie für die großen und gewaltigen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues freizumachen, damit sie überall gegenübertreten. Dementprechend beauftragte der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu stehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu beraten, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin ist und daß eine unparteiliche Verteilung der Lebensmittellieferung bürge ist.

Im englischen Unterhause sagte der Lebensmittellieferungskontrollleur Clanes, daß die Kontrolle über die Vorräte und Preise einstweilen bestehen bleiben müßten. Die Alliierten hätten die Pflicht, die notleidenden Länder zu ernähren und es sei ihm eine Genugtuung, daß es ihm möglich gewesen sei, mit dem Lebensmittellieferungskontrollleur der Vereinigten Staaten eine internationale Organisation zu schaffen, durch die den hungernden Gegnern Hilfe gebracht werden könne. Die alliierten Länder hätten zwar die Vorräte, aber gleichzeitig bestünde die Pflicht, für die fortwährenden Bedürfnisse der gegnerischen Länder Sorge zu tragen. Maßnahmen zu rascher Hilfeleistung würden getroffen.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Aber Belgien wird gemeldet, daß die Entente noch bis Ablauf des 16. November in ihren Stellungnahmen bleiben werden. Dann werden sie täglich 16 Kilometer vorgehen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden. Nach einer aufgefundenen Telegramm des Oberkommandos der Alliierten an das deutsche Oberkommando können mehr keine weiteren Veränderungen in den Bedingungen angenommen werden. Es würde noch eine Ausdehnung der Räumungsfrist für Belgien, Luxemburg und die Niederlande von vierundzwanzig Stunden zu schon bewilligten weiteren vierzehn Tagen zugestanden. Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben die deutschen Bevollmächtigten noch eine Erklärung ab, daß bei rücksichtsloser Durchführung der Bedingungen der deutsche Volk in Hungernot stürzen müsse. Das deutsche Volk, das 50 Monate standgehalten habe gegen eine Invasion von Feinden, werde ungeachtet jeder Gewalt nicht kapitulieren.

Rote Rosen.

Roman von G. Courtes M. H. r.

14) Nachdruck verboten.

Nicht doch, Josta, sie hat ja von Anfang an gewußt, daß ihr Aufenthalt auf Schloß Ramberg ein Ende hat, sobald ich mich vermähle. Es erschien mir nur hart, sie gleich nach ihres Vaters Tode aus der gewohnten Räume zu vertreiben, zumal sie mir sagte wie sehr sie sich davor fürchtete. Der Tod ihres Vaters trat ja so plötzlich ein, daß sie sich an den Gedanken erst nicht gewöhnen konnte. Aber nun hat sie ein Jahr Zeit gehabt, sich daran zu gewöhnen. Einige Wochen hat es ja auch noch Zeit, denn im Witwenhause muß mancherlei vorgeordnet werden, da es einige Jahre leer gestanden hat, seit dem Tode von Graf Rochus' Mutter. Diese mühte Gerlinde Platz machen, und Gerlinde muß dir weichen. Das ist nicht anders. Darum brauchst du dir keine Kopfschmerzen zu machen.

Josta seufzte. „Dieser Bruch eures Hauses erscheint mir ein wenig grausam.“

Er nahm ihre Hand. „Du brauchst dich nicht zu fürchten, daß du eines Tages auch wirst ins Witwenhaus ziehen müssen. Sollte ich vor dir sterben, so steht es dir frei, nach Schellingingen zu gehen.“

Josta hob die Augen nicht. Sie sagte nur leise: „Gräfin Gerlinde tut mir leid.“

„Sie wird sich ruhig darin fügen.“ Josta. „Ich werde ihr die Ueberstimmung leicht machen und ihr in deinem Namen sagen, daß sie nach wie vor in Schloß Ramberg ein und ausgehen kann, wie es ihr beliebt.“

Sie wird sich ehlich freuen, daß ich eine junge Frau heimführe, denn sie ist mir eine Freundin geworden. Und ihr beiden werdet euch auch in Freundschaft zusammenfinden, das glaube ich bestimmt. Es liegt an dir, ihr durch liebevollste Entgegenkommen den Wechsel weniger schmerzhaft zu machen. Sie wird ja auch oft genug unser Gast sein; gemäß den Majoratsbestimmungen genießt sie auch allerlei Gerechtigkeiten bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiedervermählung. So ist ihr zum Beispiel aus der Ramberger Schloßküche die volle Menage zu liefern für sie selbst und die

vorgeschriebene Dienerschaft. Aber das nur nebenbei. Jedenfalls hoffe ich, ihr lernt einander gut verstehen. Und ich werde sie natürlich bitten, an unserer Verlobungsfeier teilzunehmen. Das darf ich doch auch in deinem Namen tun, Josta?“

„Gewiß, Rainer, ich bitte darum. Und was in meiner Nacht steht, will ich gern tun, um Gräfin Gerlinde freundlich nahe zu kommen.“

Er küßte ihre Hand.

„Das ist lieb von dir. Und nun will ich mich von dir verabschieden. In zwei Stunden fahre ich nach Ramberg zurück. Von Papa habe ich mich bereits verabschiedet. Auf Wiedersehen also am 14. Mai! An diesem Tage treffe ich wieder hier ein.“

„Auf Wiedersehen, Rainer.“ sagte Josta.

Sie hatte ihn die Treppe hinab begleitet, und im Vestibül verabschiedete er sich, da Diener zugegen waren, mit einem Handkuß. Wie gern er seine Lippen auf ihren feinen, roten Mund gepreßt hätte, ahnte sie nicht. So schieden sie anscheinend sehr ruhig und gleichmütig.

Mit großen Augen sah sie ihm nach, als er mit seinem schnellen, elastischen Gang durch das Vestibül schritt und dann in den Wagen sprang, der am Portal hielt. Noch einmal erblickte sie sein von der Sonne scharf beleuchtetes Profil, und dann blinnte er zurück mit den ersten, glühenden Augen, als suche er sie. Aber sie war im Hintergrund des Vestibüls stehen geblieben; er konnte sie nicht sehen, das Sonnenlicht draußen blendete ihn.

Der Wagen fuhr mit ihm davon.

Das Herz klopfte ihr bis zum Halse hinauf, so stark und unruhig, daß es sie fast körperlich schmerzte. Langsam ging sie in ihre Zimmer zurück und ließ sich wie müde in einen Sessel fallen.

„Ich werde erst wieder lernen müssen, ruhig zu werden. Es wird das Beste für mich sein, ich gewöhne mir alles Denken und Grübeln ab und nehme die Dinge so leicht, als es irgend angeht. Nur so werde ich alles erträglich finden, was mir bevorsteht.“ dachte sie.

Aber so leicht war es für sie nicht, sich das Grübeln abzugewöhnen. Sie mußte zum Beispiel gleich wieder an die Stunde denken, da sie mit Rainer

vom Herzog in Audienz empfangen war. Der Herr war außerordentlich gültig gewesen und hatte die Brautpaar sogar selbst seiner Gemahlin zugeführt, als Verlobte vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit hatte Herzogin Elisabeth zu Rainer gesagt:

„Ich freue mich sehr, Herr Graf, daß Sie sich endlich entschlossen haben, sich zu vermählen. Es ist nicht wahr, nun werden Sie unserem Hof nicht mehr so ängstlich fern bleiben als die vergangenen Jahre. Es ist ja nun alles gut, und ich werde mich freuen Sie und Ihre junge Frau Gemahlin meinem intimen Zirkel als wertvollen Zuwachs zurechnen zu dürfen.“

Und dabei hatte sie Rainer mit einem bedeutungsvollen Lächeln die Hand zum Kusse gereicht.

Das allein wäre Josta vielleicht nicht so sehr aufgefallen, aber als sie sich in demselben Augenblick zur Seite wandte, bemerkte sie, daß der Herzog seine Gemahlin verstoßen ein Zeichen machte und den Kopf ger auf den Mund legte. Sie sah auch, daß die Herzogin unmerklich den Kopf neigte, zum Zeichen, daß sie verstanden hatte. Josta hatte sich freilich den Eindruck gegeben, nichts bemerkt zu haben; aber der kleine Zwischenfall hatte ihr zu denken gegeben. Graf Rainer hatte die Hand der Herzogin an seine Lippen geküßt und hatte ihr geantwortet, daß er sich sehr glücklich schätzen würde, mit seiner jungen Frau einer so hohen Auszeichnung gewürdigt zu werden, und damit waren sie huldvollst entlassen worden.

Wenn Josta nicht zufällig Zeugin des Gespräches zwischen ihrem Vater und ihrem Verlobten gewesen wäre, so hätte sie entweder dieser kleinen Szene keine Beachtung weiter geschenkt, oder sie hätte Rainer ruhig gefragt, was die hohe Frau gemeint hatte mit den Worten: „Es ist ja nun alles gut.“ Aber so brauchte sie den Ausdruck der Herzogin mit der Herzogin affäre ihres Verlobten in Verbindung und wollte nicht daran rühren. Vielleicht hätte er ihr auch keine Antwort darauf gegeben, wie neulich auf ihre Frage warum er dem Hofe so lange fern geblieben war.

So stand sie also vor einem halbenhundertjährigen Geheimnis und konnte es doch nicht ganz ergründen.

Fortsetzung folgt.

Arbeit und Unterkunft für die heimkehrenden Krieger müssen in erster Linie an jedem Orte beschafft werden. In Berlin ist bekanntlich ein Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung zu diesem Zweck errichtet worden. Die Reichsregierung richtet an alle Arbeiter- und Soldatenräte im Lande die Bitte um Unterstützung dieser Zentralstelle. Ihre Arbeit ist für den Bestand unseres Volkslebens entscheidend. Die von der Zentralstelle eingerichteten Organe sind die Demobilmachungskommissare in den Regierungsbezirken und die Demobilmachungsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlagnahmen

durch Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ist Verwirrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in gewerblichen Betrieben, Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisierungsorgane durch Notstandsarbeiten helfen. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen, die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert. Nur bei ungestörter Arbeit der Demobilisierungsorgane kann es gelingen, allen Heimkehrenden und in der Rüstungsindustrie nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen.

○ Eine Plünderbande im Berliner Schloss. Am 13. November nachmittags drangen etwa 50 Soldaten und einige Zivilpersonen in das Berliner Schloss ein, mit der Absicht nach Lebensmitteln beschaffen zu sein. Die sofort benachrichtigte Regierung ließ das Schloss von den im Marschall untergebrachten Matrosen, die den öffentlichen Sicherheitsdienst versehen, besetzen und durchsuchen. Es gelang, der ganzen Bande habhaft zu werden. Außer Lebensmitteln wurden viele Kunstgegenstände in hohem Werte bei den Plünderern gefunden. Die zum größten Teile aus sahnensüchtigen Soldaten bestehende Bande wurde in sichere Gewahrsam gebracht.

○ Für sechs Millionen Schaden angerichtet. In Marienburg zertrümmerte der Böbel im Hotel „König von Preußen“ die Fensterhebeln. Dann stürzte er zwei Kaufhäuser in den Hohen Lauben und Niederen Lauben. Dem weiter stürmenden Zuge schlossen sich Frauen und Mädchen an, die fast alle Geschäfte in den genannten Straßen plünderten. In einigen anderen Straßen wurden besonders die Sigarrengeschäfte und Juwelierläden beraubt. Der in Marienburg angerichtete Schaden wird auf sechs Millionen Mark geschätzt.

○ In Bremen ist ein Zukunftsrat in der Bildung begriffen, der zusammen mit dem A. N. R. die Beschaffung der Rohmaterialien, die Umstellung der Betriebe von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft und die Wiedereingliederung von entlassenen Soldaten und Marineangehörigen zur Aufgabe gemacht hat.

○ Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. Der Rat der Stadt Leipzig hat verschiedene Maßnahmen gegen Wohnungsmangel getroffen. Danach ist u. a. der Abbruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen ohne vorherige Zustimmung des Wohnungsamtes untersagt. Räume, die bisher zu Wohnungszwecken bestimmt oder benutzt waren, dürfen zu anderen Zwecken nicht verwendet werden.

○ Zur Ausarbeitung von Sanitäts- und Verkehrsmaßnahmen, die für den zu erwartenden Durchtransport von etwa 100.000 aus Deutschland heimkehrenden Kriess-gefangenen nötig sind, ernannte die holländische Regierung eine Kommission.

Zum Tode Victor Adlers.

Victor Adler, seit dem Untergang in Österreich Staatssekretär des Auswärtigen im deutsch-österreichischen Nationalrat, hat den Erfolg der deutschen Revolution, die Verwirklichung seiner Ideen, nur zu spät erlebt.

Durch seinen Tod erleidet nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch ganz Deutsch-Österreich wie auch Deutschland — infolge der Wechselbeziehung beider Staaten — einen außerordentlich schweren Verlust. Freund und Feind sind darin einig, daß er bis zu seiner letzten Lebensstunde ein aufrechter, ehrenwerter Mann gewesen.

Am 24. Juni 1852 als Sohn einer bürgerlichen Prager Familie geboren, kam er als Student der Medizin nach Wien, um sehr bald an der neuen Arbeiterbewegung teilzunehmen.



Dr. Victor Adler.

Vertreter der Partei bei allen späteren Kongressen. Auch in der inneren Politik Österreichs war sein Einfluß sehr groß. Als die österreichischen Arbeiter durch den Generalstreik als gleiche Wahlrecht erkämpft hatten, drang Adler mit vielen Sozialdemokraten in den Reichsrat ein. Gegen die Ultimatumspolitik des Grafen Berchtold trat er mit großer Entschiedenheit auf, machte sich aber, als Deutschland in den Krieg verwickelt wurde, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu eigen.

Ein alter Topf.

Nachwort zur Aufhebung der Gefindeordnung.

Mit der Aufhebung der Gefindeordnung, die die neue Regierung verkündet hat, ist ein ganz alter Topf gefallen! Man sollte es kaum für möglich halten, daß das „Gefinde“ einem Gesetz unterstand, das aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts datierte, jedenfalls in Preußen, nämlich vom November 1810! Und daß es infolgedessen nicht recht fortschrittlich gefinnt war, braucht wohl kaum erst gesagt zu werden.

Rum ist also auch das „Gefinde“ in die neue Zeit eingetreten, d. h. Hausmädchen, Kindermädchen, Ammen, Köchinnen, Knechte, Köche, Kutsher, Wirtschaftsrinnen usw. Und sie werden selbständige Angestellte; das alte mehr „patriarchalische Verhältnis“ ist dahin. Und damit sind eine Reihe von Vorschriften beseitigt, die wirklich nicht mehr in unsere Zeit hineinpassen. Vor allem jene Bestimmung, wonach das Gefinde „keine gerichtliche Genugtuung fordern kann“, wenn die Herrschaft, durch ungebührliches Betragen des Gefindes zum Born gereizt, schimpft oder gar schlägt. Unzufriedenheit, die sich in

dieser etwas rohen Art äußert, braucht sich das Gefinde also nicht mehr gefallen zu lassen. Ferner ist die Bestimmung außer Kraft gesetzt, wonach die Polizei s. B. ein Dienstmädchen mit Gewalt zurückbringen kann, wenn es vor Ablauf der Zeit den Dienst verläßt. War in letzter Zeit diese Vorschrift auch schon kaum noch in Geltung, so ist es doch wichtig, daß dies verlebende Sonderrecht für das Gefinde beseitigt ist. Damit ist nicht etwa gesagt, daß nun jeder Dienstmädchen schon nach in Geltung, so ist es doch wichtig, daß dies verlebende Sonderrecht für das Gefinde beseitigt ist. Damit ist nicht etwa gesagt, daß nun jeder Dienstmädchen schon nach in Geltung, so ist es doch wichtig, daß dies verlebende Sonderrecht für das Gefinde beseitigt ist.

Die beiden Beispiele: von der möglichen Führung des ungehorsamen Gefindes durch die Polizei und der Ausfertigung des Dienstbuchs und Abstemmung der Zeugnisse ebenfalls durch die Polizei, zeigen, daß die Polizei sich recht erheblich in das Gefindeverhältnis einzumischen hatte. Neben den genannten Vorschriften mußte stets erst die Vermittlung der Polizei anrufen, bevor es bei dem Gericht freitragliche Anträge geltend machte. Dies fällt jetzt ebenfalls fort. Das Gefinde kann sich somit direkt an das Amtsgericht wenden, das für solche Streitigkeiten zuständig ist.

Damit sind die wichtigsten Punkte, in denen eine Änderung eingetreten ist, dargestellt.

Rechtsanwalt Dr. Albert Baer-Berlin.

Wolls- und Kriegswirtschaft.

* Freigabe beschlagnahmter Bestände. Das Reichamt für die wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht folgende Verfügung: „Von allen am Tage des Erlasses dieser Verfügung vorhandenen beschlagnahmten Beständen an Kupfer, Aluminium, Nickel, Zinn, Antimon, Zink, Blei, Chrom, Platin, Stahlhärtungsmetallen und allen Legierungen der vorstehend aufgeführten Metalle dürfen insgesamt bis zu 20% eines jeden Metalles ohne besondere Verwendungserlaubnis für Friedenszwecke verwendet, an Weiterverarbeiter geliefert und dem Verbrauch ausgesetzt werden. Von jeweiliger Neuproduktion werden gleichfalls laufend 20% wie oben freigegeben. Beträglich an die Kriegsmetallurgiefabrikation zu liefern. Mengen müssen voll zur Ablieferung gebracht werden.“

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhöfer in Hachenburg.

Bekanntmachung.

Die bisherigen Bestimmungen über die Lebensmittelverteilung und -verteilung bleiben in Kraft. Es ist zur Einführung von Lebensmitteln aus dem Auslande muß sich jeder beschreiben und vor Augen halten, daß er ordnungsgemäße Lebensmittel der Allgemeinheit wegnimmt. Wir warnen vor allem die Großhändler, die hier bekannt sind und gegen die vorgegangen werden wird.

Alle Artikel auf Lebensmittel, namentlich so die auf Milch, so weit sie nur irgendwie entbehrt werden können, sind bis Montag auf der Bürgermeisterei abzuliefern; die nicht abgelieferten Artikel unterliegen strengster Nachsicht und werden, soweit ihre Verwertung nicht erkannt wird, öffentlich eingekauft. Dagegen können an Kranke Zwischend- und Hohlkäse in kleinen Mengen abgegeben werden. Anträge hierfür sind ebenfalls Montag auf der Bürgermeisterei einzureichen.

Für die werktätige Bevölkerung, insbesondere soweit dieselbe außerhalb des Hauses beschäftigt ist, und für die Kinder soll Schokolade beschafft werden. Zur Erleichterung unserer Arbeit bitten wir nur bei wirklich dringendem Bedarf um Anmeldung am Montag und Dienstag auf der Bürgermeisterei.

Hachenburg, am 15. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Hachenburg.

Verkauf von Lebensmitteln.

Der Monatszettel für November ist immer noch nicht eingetroffen. Wir haben uns infolgedessen veranlaßt gesehen, den für den Notfall in der städtischen Verkaufsstelle aufbewahrten Reservestock an Zucker zu verteilen. Der Verkauf findet am Samstag, den 16. d. Mts. nachmittags von 2—7 Uhr in der städtischen Verkaufsstelle auf Lebensmittelliste Nr. 41 statt.

Es gelangen zum Verkauf:

1. 1 Pfd. Zucker
2. 1 Pfd. Rohrzucker
3. 1 Pfd. Kandiszucker
4. 1/2 Pfd. G. M. oder Suppenpulver.

Ferner werden in beliebiger Menge etwa 30 Ztr. Weizen abgegeben werden.

Hachenburg, den 15. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Hachenburg.

Am 18. d. Mts. mittags 1 Uhr verkauft die Schafzuchtgenossenschaft den im Schafstall befindlichen

Dung

am Schafstall. — Ferner verkauft dieselbe zirka 30 fruchtige Schale und Lämmer aus der Hand.

Hachenburg, den 15. November 1918.

Wir geben für Spareinlagen bei täglicher Verzinsung 4% Zinsen.

Kreisparkasse Marienberg.

Bekanntmachung.

Wir fordern die Bevölkerung auf, sofort in jeder Landgemeinde je nach der Größe derselben durch geheime, gleiche und direkte Wahl aller Männer und Frauen über 20 Jahre 3—5 Vertrauensmänner zu wählen, die dazu berufen sind, die Lebensmittelverteilung zu überwachen und bei der Lebensmittelverteilung tatkräftig mitzuwirken; insbesondere dem frevelhaften gewerbmäßigen Schleichhandel entgegenzutreten. Auch bei den Vieh- und Milchkommissionen oder bei anderen Kommissionen haben diese Vertrauensmänner mitzuwirken. Die Vertrauensmänner betrachten dieses Amt als Ehrensache und treten mit dem Tage ihrer Wahl anstelle der bisherigen Wirtschaftsräte, die als ausgebildet zu betrachten sind. Diese Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise zu veröffentlichen. Die vollzogenen Wahlen sind bis zum 25. November d. Js. dem Landratsamt mitzuteilen.

Marienberg, den 15. November 1918.

Der Arbeiter- und Bauern-Rat.

Neu eingetroffen!

Regulateure, Taschenuhren

3 Jahre Garantie

in guter Qualität und billiger Preislage.

Hugo Backhaus, Hachenburg

Uhren- und Goldwarenhandlung.

Alle Schirmreparaturen

werden von heute ab wieder ausgeführt

sowie

fämtliche Drechslerarbeiten

wieder geliefert.

Heinrich Orthey, Hachenburg.

Fenchelhonig

Thymianhonig

Karl Dasbach, Drogerie, Hachenburg.

Kochsalz, Viehsalz

Kainit, Kali

zur Zeit in großen Mengen vorrätig und empfehlen wir unseren verehrlichen Abnehmern sich ihren Bedarf rechtzeitig einzudecken.

Phil. Schneider G. m. b. H.

Hachenburg. Fernruf Nr. 2.

Zahn-Praxis

Marienberg.

Vom Militär entlassen, habe ich meine Sprechstunden wieder aufgenommen:

Werktags 9—1 und 3—7 Uhr,

Sonntags nur 10—2 Uhr.

Otto Bockeloh, Dentist.

Gegen vorherige Einzahlung von Zinslücken liefern wir:

Kainit, Kalisalz

Chlorkalium

Koch- und Viehsalz.

In Bretter, Latten, viele

Kalk-, Kehl-, Fuß- und

sonstige Leisten

Stabretter u. Hobelbiele

stets reichlich Lager.

Carl Müller Söhne

Bahnhof Ingelbach (Kroppach).

Ein in allen Haushalten gut erfahrener

Dienstmädchen

sucht sofort

Hotel Germania

Marienberg.

Helioskerze

wieder eingetroffen.

E. von Saint George

Hachenburg.